

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Heribert Karch:

Einführung zur Jugendstudie und Konsequenzen für die Rentenpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum dritten Mal legt nun die MetallRente GmbH unter Leitung von Herrn Prof. Hurrelmann und erstmals auch Prof. Christian Traxler die Studie „Jugend, Vorsorge und Finanzen“ vor.

Prof. Hurrelmann ist uns allen bekannt als führender Jugendforscher Deutschlands.

Prof. Traxler ist in der Vergangenheit besonders auf dem Gebiet der Verhaltensökonomie und des sog. „wirksamen Regierens“ tätig gewesen.

Er kennt die internationalen Debatten und Erkenntnisse um Nudging, Opting Out etc.

Herr Dr. Thomas Gensicke von TNS Infratest hat nun zum dritten Mal die Studie in unserem Auftrag durchgeführt und die entsprechenden Kapitel des Buches verfasst.

Wir halten die Situation in Deutschland zum Ablauf der ersten Halbzeit des Reformprozesses für wesentlich dramatischer, als sie vielfach diskutiert wird. Einzig bezüglich der zukünftigen Höhe der gesetzlichen Rente existieren realistische Aussagen. Bezüglich der Kapitaldeckung, die die gesetzlichen Leistungskürzungen kompensieren soll, herrschen gravierende Illusionen. Diese halten sich vor allem deshalb, weil wir hier über weniger exakte Daten verfügen oder vorhandene Daten geradezu zweckoptimistisch interpretiert werden.

Gerne wird davon gesprochen, mit 16 Millionen Riester-Verträgen und 15 Millionen Betriebsrentenzusagen seien ja nunmehr 70% der Erwerbspersonen versorgt und man sei auf dem Wege, wie man die letzten 30% noch erreiche. Dies gleicht dem Pfeifen im Walde.

Ein Fünftel der privaten Riester-Verträge nutzt die Förderung nicht und dürfte völlig ungenügend sein. Ein weiteres Fünftel ist stillgelegt, wird also nicht bespart.

25 % der Verträge kommen aus sehr niedrigen Einkommen. Was als Stärke der Riester-Rente bezeichnet wird, ist ihr Problem: Die unter dem Durchschnitt verdienenden laufen Gefahr in der Grundsicherung zu landen. Die über 4 Millionen Riestersparer besonders niedriger Einkommen sparen nach der aktuellen Rechtslage zu sehr hohem Prozentsatz vergeblich, denn ihnen droht der staatliche Zugriff auf das Ersparte weil sie Bezieher von Grundsicherung zu werden drohen. Andererseits werden ca. 40% der Förderung von den 10% der mehr sparenden höher Verdienenden in Anspruch genommen. Wir können optimistisch kalkuliert maximal 5 Millionen der Riestersparer als annähernd adäquat zum Ausgleich Ihrer Rentenlücke versorgt annehmen.

Kaum anders ist es bei der bAV. Schon vor der Reform hatten nahezu 40% der Arbeitnehmer eine Betriebsrentenanwartschaft, allerdings überwiegend kleine Anwartschaften, die die Rentenlücke nicht decken. Nur 20% sind dazu gekommen, bei einem Durchschnittsbeitrag von rund 950 EUR und weniger als 30 Jahren Anlagehorizont. Dabei verfälschen der öffentliche Dienst, das Banken- und

Versicherungsgewerbe mit praktisch 100% Beteiligung das Bild. Übrig bleiben viel zu gering versorgte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anderer Branchen.

Unsere Datenlage über den Lebensstandard aller zukünftigen Rentner ist schlechter als die über den Viehbestand auf deutschen Weiden, aber es ist erkennbar, dass die Kompensation der zukünftigen Rentenlücke von 43 Millionen Arbeitnehmern bisher bei weniger als 10 Millionen gelungen ist. Der Aufbau eines Kapitalstocks – anders als ein Umlagesystem – braucht ein Arbeitsleben Zeit, die uns davon läuft.

Von alledem sind junge Menschen in allerhöchstem Maße betroffen. Die junge Generation wird immer mehr zur prekären Generation der Rentenpolitik. Die Staatsausgaben für die Altersversorgung in Deutschland befinden sich gemeinsam mit Polen, Spanien und Slowenien am Rande des oberen Drittels aller OECD-Staaten. Dennoch liegen die Lohnersatzraten – also das Verhältnis der Rente zum vorherigen aktiven Einkommen – in der Bundesrepublik am unteren Ende dieser Länder! Statt Generationen-Gerechtigkeit bekommen wir Unsicherheit.

Gescheitert ist nicht einfach ein Rentenprodukt wie etwa die Riester-Rente. An ihren Zielen gemessen, ist zur Halbzeit der Reform das gesamte Reformdesign, das vor allem auf Individualisierung und Verkauf gesetzt hatte bisher gescheitert. Es droht, bald kaum reparabel zu scheitern und unserer Gesellschaft einen neuen deutlich niedrigeren Rentenstandard zu bescheren.

Deshalb helfen Vorschläge nach Art eines Big Bang, die völlig unausgereift und praktisch kaum umsetzbar sind, wie die Deutschland-Rente, überhaupt nicht weiter und taugen allenfalls für auf kurzfristig publizistischen Erfolg angelegte Wahlkämpfe.

Nach 15 Jahren eines immer komplexer werdenden Prozesses kann man kaum einen Vorschlag machen, der für sich bereits alle Probleme löst. Im Vergleich zu den denkbaren Alternativen bieten eine gute, , wenn auch sehr späte Chance Vorschläge, wie sie jetzt auch im Gutachten an die Ministerien BMAS und BMF, enthalten sind.

Es gibt noch sehr viel zu diskutieren – insbesondere erscheinen die Vorschläge im Detail noch nicht zielgenau und ausreichend, aber die Entwicklung ist positiv und könnte einen neuen Schub auslösen. Es kann helfen, den Tarifparteien Möglichkeiten zu geben, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sicherheit zu erhalten und gleichzeitig führt Arbeitgeber Risiken zu mindern, bzw. Sie von der Haftung für Rentenversprechen zu befreien. Auch automatische Teilnahme können Tarifparteien sehr gut steuern, aber nur dann wenn sie nicht in Nachteile für die Beteiligten führen.

All dies erscheint als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Wichtige Rahmenbedingungen sind von zentraler Bedeutung:

1

Die zusätzliche Altersvorsorge darf nicht mehr auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Nur so lohnen sich Eigenvorsorge sowie betriebliche oder tarifliche Leistungen. Der Staat darf insbesondere nicht auf durch eigenen Konsumverzicht oder aus dem Verteilungsspielraum der Tarifparteien akkumulierte Altersersparnisse zugreifen.

2

Der Gesetzgeber sollte Personen mit längerer Ausbildung oder unterbrochenen Erwerbsverläufen nicht mehr benachteiligen, sondern die Förderung auf das gesamte Erwerbsleben mittels einer Lebenszeitdotierung beziehen. Niedrigere Verdienste sollten überproportional berücksichtigt werden. Dies könnte im Wege von Zulagenmodellen geschehen.

3

Die Administration der Betriebsrente sollte sich für Arbeitgeber vereinfachen. Dazu gehört es, die Haftungsrisiken für Unternehmen zu minimieren, ohne die Verlässlichkeit für die Beschäftigten zu schmälern. Zurzeit stellt die durch den Förderrahmen steuerlich erzwungene Komplexität für kleine und mittlere Unternehmen ein Hindernis zur Teilnahme an der bAV dar. Gerade dem Mittelständler, der solche Dinge möglichst einfach organisieren möchte, sollte es der steuerliche Rahmen erleichtern, Betriebsrenten für alle Einkommensgruppen anzubieten, und zwar wenn er möchte mit nur einem Modell.

4

Die Beitragslast auf Betriebsrenten muss gerechter werden. Die Betriebsrenten werden seit 2004 mit vollen Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung belastet – eine gravierende Änderung der ursprünglichen Förderung. Die beschädigte Symmetrie von jetzt vorgelagerter Entlastung und nachgelagerter Belastung muss wieder hergestellt werden.

5

Das Finanz- und Wirtschaftssystem gehört in den Bildungskanon. Junge Menschen müssen es durchschauen können und eine ausreichende Wissens-Basis für ihre eigenen finanziellen Entscheidungen bekommen.

Wir befinden uns bereits in der Mitte des 30-jährigen Reformprozesses. Es wäre an der Zeit, in einem Halbzeit-Gipfel mit allen Akteuren weitere Maßnahmen zu besprechen. Vorschläge der Sozialpartner sollten ernst genommen werden und in den Prozess des wohl kommenden Gesetzgebungsverfahrens einfließen.

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.04.2016, 12.00 Uhr

Die zehn wichtigsten Fakten der Studie

1

Die Mehrzahl der jungen Leute ist optimistisch, wenn sie an ihre eigene Zukunft denkt. 2016 gehen 73 Prozent von einer guten persönlichen Entwicklung aus („sehr gut“ 22 %). Damit steigerten sich die positiven Erwartungen gegenüber den letzten Studien. Auch die Entwicklung Deutschlands beurteilt die junge Generation zunehmend positiv: 48 Prozent schätzen sie aktuell als gut ein („sehr gut“ 5 %). 2010 lagen diese Zahlen noch bei 37 („gut“) und 1 Prozent („sehr gut“).

2

Die junge Generation hat im Vergleich zu der Befragung 2013 weniger Angst um die deutsche Wirtschaft. So glauben nur 26 Prozent „voll und ganz“ („eher“ 34 %), dass die Wirtschaft durch verschuldete Euro-Länder gefährdet ist. 2013 lagen diese Werte noch bei 34 bzw. 43 Prozent. Trotz Krise haben 22 Prozent „voll und ganz“ („eher“ 39 %) Vertrauen in den Euro. Auch diese Werte entwickelten sich im Vergleich zu 2013 positiv.

3

Die Generation Y zweifelt immer mehr an der privaten Vorsorge. So stimmen nur 23 Prozent „voll und ganz“ („eher“ 40 %) der Aussage zu, dass man von einer privaten Vorsorge mehr erwarten kann als von der staatlichen Rente. 2010 waren es 31 bzw. 46 Prozent.

4

Bei jungen Frauen sinkt die Angst vor Altersarmut. So haben aktuell nur 34 Prozent der Frauen „voll und ganz“ („eher“ 27 %) Angst davor. 2010 lagen diese Werte noch bei 47 bzw. 24 Prozent. Nur 27 Prozent der jungen Männer teilen diese Angst „voll und ganz“ („eher“ 23 %). Diese Werte sind im Vergleich zu den vergangenen Studien relativ konstant.

5

Das Sparverhalten der jungen Leute ist stabil. Allerdings haben sich die Gründe dafür verschoben. 54 Prozent sparen regelmäßig und 30 Prozent ab und zu (2010: 53 % / 31 %). Die Sparer legten zum Beispiel mit 64 Prozent vermehrt Geld für eine Urlaubsreise zur Seite. (2010: 56 %). Auch die Bereitschaft, für Ausbildung und Studium zu sparen, war höher (2016: 42 % / 2010: 39 %). Nur 35 Prozent aller Jugendlichen sparen *regelmäßig* für ihre Altersversorgung (2010: 38 %). 49 Prozent sparen überhaupt (regelmäßig oder ab und zu) für das Alter (2010: 55 %). Unter denen, die sparen, (16% sparen überhaupt nicht), sind es 58 Prozent (2010: 66 %).

6

Die betriebliche Altersversorgung wird beliebter. Ihr Anteil stieg von 31 Prozent (2010) auf 40 Prozent (2016). Dagegen nutzen weniger junge Leute Riester-Produkte oder private Renten- bzw. Lebensversicherungen. So sank allein der Anteil der Altersvorsorgesparer, die „riestern“, von 50 Prozent im Jahr 2010 auf 42 Prozent 2016.

7

Die junge Generation will das Leben zunächst genießen und spart deswegen weniger für das Alter. So stieg der Anteil der jungen Sparer, die das „voll und ganz“ so sah, von 45 Prozent im Jahr 2010 auf 50 Prozent im Jahr 2016. Die Gruppe, die „voll und ganz“ kein oder kaum Geld für die Altersvorsorge hat, verringerte sich dagegen (2016: 38 % / 2010: 42 %). Insbesondere bei Frauen sinkt die Bereitschaft, für das Alter zu sparen (2016: 49 % / 2010: 57 %).

8

Die betriebliche Altersversorgung ist deutlich bekannter als die RiesterRente: 39 Prozent könnten die bAV einem Freund erklären. Aber nur 27 Prozent trauen sich aktuell zu, die Riester-Förderung zu beschreiben. Das ist ein historisches Tief.

9

Der Informationsbedarf in Sachen Altersvorsorge ist bei der jungen Generation groß. Aktuell wünschen sich 91 Prozent jährliche Informationen über ihre Ansprüche. Sie betonen aber zu 81 Prozent, dass diese verständlicher sein müssten. Nur zehn Prozent verfügen ihrer Meinung nach über zu viel und nicht über zu wenig Informationen.

10

Die jungen Leute könnten sich mit automatischen Sparregelungen anfreunden. 65 Prozent würden dem zustimmen. Wenn so eine Sparregel mit einer Ausstiegsmöglichkeit und einer Bezuschussung kombiniert wird, steigt die Zustimmungsrage sogar auf 89 Prozent.

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Ergebnisse: Mit Optimismus in die Zukunft

Die Stimmung in der jungen Generation wird immer besser: Das belegen die drei MetallRente Studien. Glaubten 2010 noch 15 Prozent der Befragten, dass ihr Leben in den nächsten zehn bis 15 Jahren „sehr gut“ verlaufen werde, waren es 2013 bereits 19 Prozent. In der aktuellen Studie steigt dieser Anteil sogar auf 22 Prozent.

Der überwältigende Teil der Jugendlichen vergab bereits 2010 für ihre persönliche Zukunft die Note „gut“ (75 %). Diese Zahl liegt aktuell bei 73 Prozent und ist damit im Wesentlichen gleich geblieben. Reduziert hat sich vor allem die Gruppe derjenigen, die ihre Zukunftserwartungen als „weniger gut“ einschätzt. Ihr Prozentsatz fiel von acht Prozent 2010 auf aktuell nur noch drei Prozent.

Auch die Studie 2016 zeigt, dass die Generation Y ihre eigene Zukunft besser beurteilt als die Aussichten des ganzen Landes. Doch gab es auch hier zwischen 2010 und 2016 einen positiven Trend: Der Anteil der jungen Leute, die für Deutschland gute oder sehr gute Perspektiven sehen, ist von 38 Prozent (2010) auf 53 Prozent (2016) gestiegen.

Waren 2010 junge Männer deutlich optimistischer als junge Frauen, reduzierte sich dieser Unterschied im Jahre 2013. 2016 haben sich die Verhältnisse umgedreht: Nun gibt es unter den Frauen mehr Optimisten als unter den Männern (57 % versus 51 %). 2010 waren noch 42 Prozent der Männer und nur 33 Prozent der Frauen Optimisten. Die Stimmung unterscheidet sich je nach Bildungsgruppe. So ist sie zwar bei den einfach Gebildeten aktuell besser als 2010, fällt aber dennoch gegenüber den anderen Gruppen deutlich zurück. Jugendliche mit mittlerer oder höherer Bildung sind optimistischer.

Dazu passt das Studienergebnis, dass die Arbeitslosigkeit als Schreckensszenario inzwischen an Bedeutung verloren hat. Rechneten 2010 noch 34 Prozent der Befragten „voll und ganz“ oder „eher“ mittelfristig mit Arbeitslosigkeit, befürchten das 2016 nur noch 22 Prozent. Die junge Generation hat viel mehr positive Erwartungen: So gehen 2016 56 Prozent „voll und ganz“ davon aus, dass sie ihr Leben in den nächsten 10 bis 15 Jahren „genießen“ können und „viel Spaß“ haben werden (2010: 51 %). Gleichzeitig nahm die soziale Einstellung zu: 39 Prozent der jungen Leute geben aktuell „voll und ganz“ an, dass sie sich künftig gesellschaftlich engagieren wollen (2010: 33 %).

Die erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft hat seit 2013 zu einem Schwinden von Zukunftsängsten geführt. So beunruhigt das Szenario der Eurokrise aktuell zwar noch 60 Prozent (2013: 77 %) „voll und ganz“ oder „eher“. Doch 77 Prozent meinen „voll und ganz“ oder „eher“, dass Deutschland wirtschaftlich stabil bleibt (2013: 72 %).

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Ergebnisse: Weniger Angst vor Altersarmut und gleichzeitig Zweifel an der privaten Vorsorge

Insgesamt nimmt die Angst vor Altersarmut ab. Aktuell haben 30 Prozent der jungen Leute diese Sorge „voll und ganz“ (2010: 38 %). Zusammen mit den Befragten, die „eher“ Angst davor haben, liegt der Prozentsatz bei 55 Prozent (2010: 61 %). Die junge Generation erkennt zudem, dass sie ohne private Vorsorge im Alter arm sein wird. 50 Prozent sind davon aktuell „voll und ganz“ überzeugt.

2010 war die Angst vor Altersarmut weit mehr unter jungen Frauen verbreitet als unter jungen Männern. Diese Sorge ging bereits 2013 zurück und erreicht aktuell einen Tiefpunkt: Nur noch 34 Prozent der jungen Frauen glauben „voll und ganz“, im Alter arm zu sein (2010: 47 %). Bei jungen Männern ist diese Sorge („voll und ganz“) über die drei Studien hinweg relativ konstant und liegt aktuell bei 27 Prozent. Damit bewerten Männer und Frauen das Problem der Altersarmut immer noch unterschiedlich. Doch da die Ängste der weiblichen Befragten stark nachließen, hat sich ihre Sicht inzwischen angenähert.

Die Befürchtungen sind auch je nach Bildungshintergrund unterschiedlich stark ausgeprägt. So haben 51 Prozent der Jugendlichen mit einfachem Bildungsniveau „voll und ganz“ Angst vor Altersarmut, während nur 17 Prozent der jungen Leute mit hohem Bildungsstatus diese Sorge teilen. Dazwischen ordnen sich die Befragten mit mittlerer Bildung ein. Während bei den hoch und mittel Gebildeten die Angst im Laufe der letzten sechs Jahre abgenommen hat, setzte sich dieser Trend bei den einfach Gebildeten nicht durch.

Gleichzeitig mit der Abnahme der Angst vor Altersarmut sinkt der Glaube, dass private Altersvorsorge bessere Renditen abwirft als die staatliche Rente. 2016 stimmen dem nur noch 23 Prozent „voll und ganz“ zu, 40 Prozent „eher“ (2010: „voll und ganz“ 31 %, „eher“ 46 %). Deshalb sehen viele Jugendliche den Staat in der Pflicht: 61 Prozent glauben „voll und ganz“ oder „eher“, dass nur eine stärkere staatliche Förderung eigene zusätzliche Altersvorsorge lohnenswert machen würde. 79 Prozent gehen „voll und ganz“ oder „eher“ davon aus, dass es eine gute staatliche Rente geben würde, wenn die Politik das wirklich wolle (2010: 74 %).

Passend dazu ist das Vertrauen der jungen Leute in die gesetzliche Rentenversicherung gestiegen. Sie ist insgesamt hoch und liegt aktuell bei 76 Prozent („voll und ganz“: 18 %, „eher“: 58 %) gegenüber 67 Prozent 2010. Außerdem ist die gesetzliche Rentenversicherung im Vergleich zu allen anderen in der Studie erfassten Anbietern mit konstant 91 Prozent die bekannteste Vorsorgeform.

Die Akzeptanz privater Anbieter ist dagegen niedrig. So haben beispielsweise Banken und Investmentfonds an Vertrauen verloren. Auch ihre Bekanntheit sinkt. Ein Gewinner dieser Stimmungslage der Generation Y sind Anbieter der betrieblichen Altersversorgung. So vertrauen aktuell 72 Prozent den Versorgungswerken der Tarifparteien („voll und ganz“: 16 %, „eher“ 56 %). Das ist ein besseres Ergebnis als 2010.

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Ergebnisse: Die Jugend in Richtung Vorsorge „stupsen“

Die Angebote geförderter Altersvorsorge verfehlen ihr Ziel, die Jugend zum Sparen für die Rente zu motivieren. Doch wie könnte es der Staat schaffen, die Generation Y zu mehr Altersvorsorge zu bringen? Sollte die Politik nicht stärker mit sogenannten Nudges* arbeiten?

Automatismus mit Ausstiegsmöglichkeit

Zu einem der bekanntesten und gleichzeitig wichtigsten Nudges in der Altersvorsorge gehört die automatische Teilnahme an Altersvorsorgeprogrammen. Bei der betrieblichen Altersversorgung zahlen Beschäftigte automatisch („per default“) in dieses System ein ... es sei denn, sie entscheiden sich bewusst dagegen (was als „Opt-Out“ bezeichnet wird). Diese Kombination von Automatismus mit Ausstiegsmöglichkeit (bekannt als Default-cum-Opt-Out) ist eine „sanfte“ Intervention, weil Arbeitnehmer das System abwählen können.

Die empirische Forschung zeigt, dass solche Automatismen einen enormen Einfluss auf das Verhalten von Menschen haben. Ein Paradebeispiel dafür sind die USA. Dort führte das automatische Investieren eines Teils des Einkommens durch den Arbeitgeber zu einem massiven Anstieg der Altersvorsorge. Denn die Ausstiegsmöglichkeit wird nur selten genutzt. Ähnliche positive Erfahrungen haben Staaten wie Australien, Neuseeland und Singapur, aber auch Dänemark und Großbritannien gemacht (siehe internationaler Teil).

Akzeptanz der Jugend

Doch stoßen solche Default-Regeln bei der Generation Y auf Zustimmung? Auf diese bislang noch nicht untersuchte Fragestellung gibt die aktuelle Studie eine eindeutige Antwort. Die Befragung konfrontierte die Jugendlichen mit einer Reihe fiktiver Vorschläge zur Reform des Rentensystems in Deutschland. Ein Vorschlag skizziert dabei ein Default-System, in dem Arbeitgeber einen kleinen Teil (zum Beispiel ein Prozent) des Einkommens automatisch auf ein „Altersvorsorge-Sparkonto“ des Arbeitnehmers einzahlen. Damit wird langfristig für die Rente gespart. Das Ergebnis zeigt, dass eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent für die Einführung einer solchen automatischen Sparregel ist ... selbst wenn die Möglichkeit eines Opt-Out unerwähnt bleibt! Unter den jungen Frauen liegt die Zustimmungsrate sogar bei 76 Prozent.

Wird erwähnt, dass die Jugendlichen jederzeit aus der automatischen Sparregel aussteigen könnten, steigt die Akzeptanz sogar noch weiter: Insgesamt sprachen sich 83 Prozent für eine Default-cum-Opt-Out Sparregel aus, von den weiblichen Befragten waren sogar 93 Prozent dafür. Eine weitere Frage beschäftigte sich mit einem eventuellen Zuschuss des Arbeitgebers zu den Sparleistungen des Default-Systems. Bei diesem Vorschlag stieg die Zustimmungsrate auf 89 Prozent.

Die Resultate dokumentieren also eine umfassende Akzeptanz solcher Automatismen. Eine Stärkung von Default-cum-Opt-Out-Elementen in der (betrieblichen) Altersversorgung stößt demnach bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahezu unisono auf Zustimmung.

Zielsetzungen und Erinnerungen

Die Studie untersuchte außerdem, wie die Einstellung der Befragten zu einem institutionalisierten System von Zielsetzungen und Erinnerungen ist. Es geht dabei um Aufforderungen (sogenannte „Prompts“), sich (unverbindliche) Ziele für die eigene Altersvorsorge zu setzen. An diese wird man dann regelmäßig erinnert. Diese Art Stupser beurteilt die junge Generation aber ganz anders als eine Default-Regelung: Nur 32 Prozent würden einem solchen System zustimmen. Bei den jüngsten Befragungsteilnehmern (17 bis 20 Jahren) sowie bei Frauen liegt die Zustimmungquote etwas höher. In allen Fällen bleibt sie aber deutlich unter der Schwelle von 50 Prozent. Obwohl es sich bei diesem Stupser um eine erheblich sanftere Variante des Nudgings handelt, hält sich die Zustimmung zu dieser Option in engen Grenzen.

Information und Bildung

Auch die Bereitstellung und Aufbereitung von Informationen zum Rentensystem ist eine sanft-paternalistische Strategie. Auch hierzu hat die junge Generation eine eindeutige Meinung: So sprechen sich 68 Prozent für ein Schulfach „Wirtschaft und Finanzen“ aus, das Fragen zur Altersvorsorge behandeln soll. Das zeigt, dass die Jugendlichen ein Informations-Defizit empfinden.

MetallRente Studie I Kurzfassung

Jugend, Vorsorge, Finanzen 2016.

Zwischen Eigenverantwortung und Regulierung. Lösungsansätze in Deutschland und Europa.

MetallRente GmbH, Rotherstraße 7, 10245 Berlin, presse@metallrente.de

91 Prozent der Befragten wünschen sich, mit dem Beginn der Berufstätigkeit jährlich Informationen über die Höhe ihrer Rentenansprüche zu erhalten. Eine klare Mehrheit von 62 Prozent hat den Wunsch nach einem personalisierten Rentenkonto im Internet, das ihnen einen Überblick über ihre Ansprüche aus der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Rentenversicherung gibt. Damit zeigt sich auch in diesem Punkt, wie offen die junge Generation für staatliche Stupser ist.

* Nudging/Nudge: Die Begriffe stehen im englischen für Stupsen/Schupsen oder Stups/Schubs. Darunter versteht man im Zusammenhang mit der Altersvorsorge einen wirksamen Stupser hin zur vermehrten Teilnahme an zusätzlicher – meist betrieblicher – Altersversorgung.

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Ergebnisse: Die betriebliche Altersversorgung wird bei jungen Leuten immer beliebter

Wenn die junge Generation für das Alter spart, macht sie das auf klassische Weise: So spielen Sparbuch, Festgeld und festverzinsliche Papiere die wichtigste Rolle. 60 Prozent nutzen aktuell diese Anlageformen. 2010 waren es noch 66 Prozent, was sicher an dem Zinstief liegt. Der Bausparvertrag hat sich besser behauptet und wird noch von 56 Prozent abgeschlossen (2010: 58 %). Klar rückläufig ist dagegen die Riester-Rente. Nur noch 42 Prozent entscheiden sich aktuell dafür. 2010 waren es noch 50 Prozent. Auch die Lebensversicherung und die private Rentenversicherung verloren an Beliebtheit.

Der einzige Gewinner unter den Anlageformen ist die betriebliche Altersversorgung (bAV). Aktuell nutzen 40 Prozent diese Option. 2010 waren es 31 Prozent. Die bAV hat sich damit an die vierte Stelle der Altersspar-Varianten gesetzt und liegt vor der Riester-Rente. Das Sparen mittels Aktien oder Aktienfonds ist dagegen in der jungen Generation weitgehend ohne Bedeutung (2016: 16 %, 2010: 19 %).

Die Studie ermittelte auch, in welche Vorsorgeform Nicht-Sparer ihr Geld potenziell anlegen würden. Auch diese Ergebnisse belegen, dass die betriebliche Altersversorgung immer populärer wird: So wollen diese 43 Prozent nutzen, 33 Prozent haben das „eventuell“ vor (2010: „ja“ 39 %, „eventuell“ 30 %). Allerdings war die Bereitschaft, diese Sparform zu wählen, 2013 mit 50 Prozent schon einmal höher.

Die bAV konnte ihren Bekanntheitsgrad zwischen 2010 und 2016 halten und lag bei jeweils 39 Prozent. Hingegen sank die Bekanntheit der Riester-Rente von 36 Prozent in 2010 auf aktuell 27 Prozent. Damit liegt sie deutlich hinter der betrieblichen Form der Vorsorge. Bei jungen Frauen ist die Riester-Rente besonders wenig bekannt und hat bei ihnen mit gerade einmal 22 Prozent ein „historisches“ Tief erreicht. Die Bekanntheit der bAV ist bei Frauen mit 32 Prozent wesentlich höher. Wer diese Vorsorgeform kennt, dem ist inzwischen vermehrt auch die „Bruttoentgeltumwandlung“ – das Kernstück der betrieblichen Altersversorgung – ein Begriff (2016: 43 %, 2010: 31 %).

Aktuell geben 54 Prozent der Befragten an, sich beim Thema Finanzen gut auszukennen („sehr gut“: 9 %, „gut“: 45 %). Unter jungen Männern gab es dabei eine Steigerung der Finanzkompetenz (2016: 60 %, 2010: 57 %), unter jungen Frauen einen leichten Rückgang (2016: 47 %, 2010: 50 %). Um die Kompetenz in Sachen Altersvorsorge ist es wesentlich schlechter bestellt: So bezeichnen nur 27 Prozent der Befragten ihre Kenntnisse als „gut“ oder „sehr gut“. Bei den Frauen liegt die Selbsteinschätzung unter der der Männer.

Über finanzielle Dinge informiert sich die junge Generation hauptsächlich mittels Internet (2016: 68 %) und über ihre Eltern (2016: 63 %). Seltener erkundigen sie sich bei ihrer Bank (2016: 48 %) oder über Fernsehen und Radio (2016: 43 %). Von einem Überangebot an Informationen in Sachen Altersvorsorge kann nicht die Rede sein, denn 88 Prozent verneinen, dass sie zu viele Infos hätten.

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Ergebnisse: Die Generation Y spart weniger für das Alter

Trotz sehr niedriger Zinsen bekennt sich die junge Generation weiterhin zum Sparen. So geben aktuell 54 Prozent an, „regelmäßig“ zu sparen, 30 Prozent legen „ab und zu“ etwas zurück. Damit hat sich der Anteil der Sparer in den letzten sechs Jahren kaum verändert. (2010 sparten 53 % „regelmäßig“ und 31 % „ab und zu“.)

Besonders hoch ist der Anteil der Sparer bei Jugendlichen in einer sehr guten finanziellen Lage. 2016 legen 73 Prozent von ihnen regelmäßig Geld beiseite, während junge Leute in einer (sehr) schlechten materiellen Situation nur zu 33 Prozent regelmäßig etwas zurücklegen. Allerdings nahm die Sparquote unter diesen in den letzten sechs Jahren zu, während die Quote bei Jugendlichen mit besserer pekuniärer Ausstattung sank.

Eine stabile Sparquote heißt jedoch nicht, dass die junge Generation für das Alter vorsorgt. War der Anteil dieser Sparer schon zwischen 2010 und 2013 etwas rückläufig, so hat sich der Trend nun verstärkt. Legten 2010 noch 66 Prozent Geld für ihr Alter zurück, sind es aktuell nur noch 58 Prozent.

Die Sparrate für das Alter lag 2010 unter jungen Männern bei 54 Prozent. Aktuell liegt sie bei 49 Prozent. Bei Frauen ist der Rückgang noch stärker (2010: 57 %, 2016: 49 %). Die inzwischen viel geringere Angst junger Frauen vor Altersarmut und ihr nunmehr hohes Vertrauen in die mittelfristige Zukunft Deutschlands könnte dieses Verhalten erklären.

Die Gründe, warum die junge Generation nicht für das Alter spart, liegen in erster Linie in ihrer Gegenwartsbezogenheit. So geben Prozent der jugendlichen Sparer „voll und ganz“ an, erst einmal „etwas vom Leben haben zu wollen“ (2010: 45 %). Wohingegen der Grund, kein (oder kaum) Geld zu haben, auf 38 Prozent der Befragten „voll und ganz“ zutrifft (2010: 42 %).

Das Alterssparen hat für die höher Gebildeten eine geringere Priorität als für mittel und einfach Gebildete. Erstere Gruppe spart eher für die Finanzierung von Ausbildung und Studium. So legen dafür 55 Prozent der Jugendlichen mit höherer Bildung Geld zurück, während 38 Prozent mit mittlerer und nur 22 Prozent mit einfacher Bildung aus diesem Grund Rücklagen bilden. Insgesamt sparen – über alle Bildungsschichten hinweg – 42 Prozent für die Ausbildung oder das Studium (2010: 39 %).

Am häufigsten legt die Generation Y mit 75 Prozent weiterhin etwas für größere Anschaffungen zurück, etwa für ein Auto oder Möbel (2010: 78 %). Auch für unvorhersehbare Ereignisse bilden die Jugendlichen mit 70 Prozent öfter Rücklagen als für ihre Altersvorsorge.

Auf „Platz 3“ der Spargründe stehen mit einer Quote von 64 Prozent Urlaubsreisen. Damit hat sich dieser Grund zum Sparen deutlich vor die Altersvorsorge geschoben. Im Vergleich zu 2010 (56 %) ist die Sparrate für Urlaubsreisen deutlich angestiegen.

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Interview mit Prof. Dr. Klaus Hurrelmann und Prof. Dr. Christian Traxler

„Die Politik ist gefragt!“

Die Politik sollte jetzt die Weichen stellen, um die junge Generation vor Altersarmut zu schützen: Darin sind sich der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Hurrelmann und der Ökonom Prof. Dr. Christian Traxler einig. Die beiden Mitherausgeber der Studie lehren und forschen an der Hertie School of Governance Berlin.

Welche Ergebnisse haben Sie am meisten erstaunt?

Traxler: Auch 15 Jahre nach der Rentenreform hat sich noch keine Kultur zusätzlicher Vorsorge in Deutschland entwickelt. Das Gegenteil ist der Fall: Die Tendenz geht bei der jungen Generation sogar in die entgegengesetzte Richtung.

Hurrelmann: Dem stimme ich zu. Doch zugleich erstaunt mich der Realitätssinn der jungen Leute. Es ist ihnen klar, dass die aktuellen Vorsorge-Angebote kein angemessenes Leben im Alter sicherstellen.

Welche Erklärung haben Sie für das Vorsorgeverhalten der jungen Generation?

Traxler: Die jungen Leute sind mit der Altersvorsorge überfordert. Das hängt sicher mit der Tatsache zusammen, dass diese Entscheidungen äußerst komplex sind ... zumal sich die Jugendlichen einer schwer vorhersehbaren Zukunft gegenübersehen. Zugleich zeigt sich eine starke Gegenwartsfixierung. Junge Menschen sind vor allem mit der unmittelbaren Erfüllung akuter Bedürfnisse beschäftigt.

Hurrelmann: Diese Gegenwartsbezogenheit ist absolut nachvollziehbar. Denn die jungen Leute entscheiden sich für Dinge, die ihnen aktuell von Nutzen sind und nicht für etwas, von dem sie nicht wissen, ob es ihnen später tatsächlich hilfreich sein wird. Die Jugendlichen sparen aber nicht nur für den Konsum, sondern auch für Studium und Ausbildung. Ihnen ist klar, dass Bildung Vorteile am Arbeitsmarkt bringt und das Armutsrisiko senkt.

Die Studie belegt, dass die Generation Y in Sachen Altersvorsorge der Politik mehr Vertrauen entgegenbringt als privaten Akteuren. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür?

Hurrelmann: Aus der Kenntnis der letzten Wirtschafts- und Finanzkrisen wissen die jungen Leute, wie unzuverlässig private Vorsorgeprodukte sein können. Deshalb ist es eine ganz nüchterne und unideologische Erwägung, dass der Staat eher das Gemeinwohl im Sinne hat als Unternehmen.

Traxler: Die Skandale und Krisen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass Banken und Versicherungen stark an Glaubwürdigkeit verloren haben. Dagegen ist das Image der Politik vergleichsweise stabil. Die Skandale dort haben die Gesellschaft bei weitem nicht so erschüttert wie etwa die Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Wie deuten Sie die Zustimmung der jungen Leute zu einer automatischen Sparregelung?

Traxler: Die beinahe einhellige Zustimmung zu einer automatischen Default-Sparregel fand ich sehr überraschend. Es scheint so, als wünschten sich Jugendliche einen Automatismus, der ihnen eigenständige Entscheidungen zumindest teilweise abnimmt. Zu dieser Interpretation passt auch, dass das Meinungsbild zu Nudging differenziert ist. So lehnen die Befragten eine personalisierte Erinnerung an selbst gesetzte Sparziele ab. Sie wollen allem Anschein nach mit dem Thema nicht regelmäßig konfrontiert werden.

Hurrelmann: Hier wird die sehr pragmatische Einstellung der Generation Y sichtbar. Sie befürworten den sanften Paternalismus ... aber nicht in jeder Form: So begrüßen sie einen Automatismus, jedoch nicht die Aufforderung zur Eigeninitiative.

Was wird passieren, wenn es zeitnah keine weiteren Reformschritte bei der Altersvorsorge gibt?

MetallRente Studie I Kurzfassung

Jugend, Vorsorge, Finanzen 2016.

Zwischen Eigenverantwortung und Regulierung. Lösungsansätze in Deutschland und Europa.

MetallRente GmbH, Rotherstraße 7, 10245 Berlin, presse@metallrente.de

Traxler: Ich bin mir sicher, dass sich der aktuelle Trend in der Zukunft fortsetzen wird und bei Jugendlichen die Aktivitäten für ihre Altersvorsorge nicht sprunghaft steigen werden. Damit steigt die Gefahr der Altersarmut. Allerdings ist diese Generation noch so weit von der Rente entfernt, dass sie auf die Politik in dieser Sache zurzeit noch kaum Druck ausübt.

Hurrelmann: Die Politik muss jetzt trotzdem handeln. Denn sonst ist es für die junge Generation zu spät. Dann ist sie objektiv von Altersarmut bedroht. Das ist keine Schwarzmalerei, sondern einfach eine Tatsache.

Welche Tipps geben Sie jungen Menschen, damit ihre Aussichten auf finanzielle Sicherheit im Alter steigen?

Traxler: Sie sollten sich eigenständig mit Finanz- und Kapitalmärkten beschäftigen. Ein Schulfach wie „Wirtschaft und Finanzen“ könnte sie hierbei unterstützen. Erspartes in breit diversifizierte, passive Indexfonds anzulegen, würde z. B. langfristig Sinn machen. Grundsätzlich bin ich aber pessimistisch, dass sich die breite Masse eigenständig um Altersvorsorge kümmert. Hier ist eindeutig die Politik gefordert.

Hurrelmann: Und damit die Politik sich bewegt, müssten sich die jungen Leute selbst politisch engagieren und ihre Vorstellungen offensiv vortragen. So wie heute kann es jedenfalls nicht weitergehen. Denn selbst, wenn jemand vorbildlich in alle drei Säulen der Altersvorsorge einzahlt, kann er am Ende nicht mit einem zufriedenstellenden Ergebnis rechnen. Das System führt die jungen Leute an der Nase herum.

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Interview mit Heribert Karch, Geschäftsführer des Versorgungswerks MetallRente

„Generationengerechtigkeit? Welche Generationengerechtigkeit?“

„Zu wenige Teilnehmer, zu wenig Geld und bald zu spät“: Auf diese Formel bringt MetallRente-Geschäftsführer Heribert Karch den Entwicklungsstand der zusätzlichen Altersversorgung. Er fordert durchgreifende Maßnahmen, ohne die das Scheitern der Rentenreform vorprogrammiert sei. Karch im Interview über notwendige Konsequenzen.

Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Studienergebnissen?

Karch: Vor 15 Jahren wurde die Reform eingeführt mit dem Argument, mehr Generationengerechtigkeit herzustellen. Der junge Mensch sollte im Umlagesystem weniger für den alten Rentner zahlen und stattdessen – staatlich gefördert – für die eigene Rente vorsorgen. Obwohl er damit eigentlich entlastet werden sollte, ist das Ergebnis nun weniger Gerechtigkeit. Denn die Bereitschaft zur Vorsorge ist im Sinkflug, die Beteiligung an der privaten Riester-Rente rückläufig. Wenn es eigenes Geld kostet, handeln die Menschen nun mal nicht automatisch im Sinne der Rentenreform. Die bAV wird zwar unter jungen Leuten immer beliebter. Dennoch konnte sich die zusätzliche Altersversorgung in der Generation Y nicht hinreichend durchsetzen. Damit wird sie von der vermeintlich gerechter behandelten zur prekären Generation der Rentenpolitik.

Welche Baustellen im Rentensystem muss der Gesetzgeber dringend angehen?

Karch: Das System verteilt Mittel wenig effizient. Die Staatsausgaben für die Altersversorgung in Deutschland befinden sich gemeinsam mit Polen, Spanien und Slowenien am Rande des oberen Drittels aller OECD-Staaten. Dennoch liegen die Lohnersatzraten – also das Verhältnis der Rente zum vorherigen aktiven Einkommen – in der Bundesrepublik am unteren Ende dieser Länder! Anstatt Generationengerechtigkeit haben wir Unsicherheit. Sogar ein Mensch, der im mittleren Einkommensbereich liegt, weiß oft nicht, ob er im Alter Rente oder Grundsicherung bekommen wird. Ihm droht damit die Anrechnung zusätzlicher Altersvorsorge auf die Grundsicherung. Dann macht das Alterssparen aber für viele kaum Sinn!

Die vorliegende Studie stellt verschiedene Reformansätze in einzelnen EU-Ländern vor. Kann Deutschland etwas aus diesen Lösungsansätzen für den weiteren Reformprozess lernen?

Karch: Alle Länder, die als erfolgreich gelten wie etwa Dänemark oder die Niederlande, haben einen Kern aus zwei Säulen: Staat und Betrieb. Die Teilnahme ist in diesen Ländern aber verbindlicher als in Deutschland. Einige nutzen auch ein sanftes Anschubsen, das Nudging, das in vielen Ländern erfolgreich angewandt wird.

Lässt sich die Nudging-Politik dieser Länder auf die aktuelle deutsche Situation übertragen?

Karch: Nein, jedenfalls nicht in der Fläche. Denn wir haben in der kapitalgedeckten Altersversorgung bereits eine sehr ausdifferenzierte Landschaft. Ein universelles Nudging wäre nur für einen Teil der Arbeitnehmer nützlich. Für den Teil, der bereits heute komplett in eine betriebliche Altersversorgung ohne Ausstiegsmöglichkeit einbezogen ist, wäre es sogar ein Rückschritt. Für einheitliche Modelle ist es zu spät. Machbar wäre aber eine sichere rechtliche Basis, die den Unternehmen und Tarifparteien – die es nützlich finden – eine automatische Teilnahme am Nudging ermöglicht.

Welchen konkreten Schritt schlagen Sie als Nächstes vor, um eine Reform der Reform einzuleiten?

Karch: Wir befinden uns in der Mitte des 30-jährigen Reformprozesses. Es ist an der Zeit, in einem Halbzeit-Gipfel mit allen Akteuren weitere Maßnahmen zu besprechen. Wenn man will, dass Tarifparteien mehr tun, muss man vor allem Hindernisse beiseite räumen und verbesserte Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören die Vereinfachung der Förderung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Lösung gravierender Gerechtigkeitsprobleme.

Freigabe zur Veröffentlichung ab 21.4.2016, 12.00 Uhr

Heribert Karch: Fünf notwendige Konsequenzen in Sachen Rente

1

Die zusätzliche Altersvorsorge darf nicht mehr auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Nur so lohnen sich Eigenvorsorge sowie betriebliche oder tarifliche Leistungen. Der Staat darf nicht auf Altersersparnisse zugreifen.

2

Der Gesetzgeber sollte Personen mit längerer Ausbildung oder unterbrochenen Erwerbsverläufen nicht mehr benachteiligen, sondern die Förderung auf das gesamte Erwerbsleben beziehen. Niedrigere Verdienste sollten überproportional berücksichtigt werden. Zur Planungssicherheit benötigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen jeweils eigenen steuerlichen Förderrahmen.

3

Die Administration der Betriebsrente sollte sich für Arbeitgeber vereinfachen. Dazu gehört es, die Haftungsrisiken für Unternehmen zu minimieren, ohne die Verlässlichkeit für die Beschäftigten zu schmälern. Zurzeit stellt die durch den Förderrahmen steuerlich erzwungene Komplexität für kleine und mittlere Unternehmen ein Hindernis zur Teilnahme an der bAV dar. Gerade dem Mittelständler, der solche Dinge möglichst einfach organisieren möchte, sollte es der steuerliche Rahmen erleichtern, Betriebsrenten für alle Einkommensgruppen anzubieten ... und zwar mit nur einem Modell.

4

Die Beitragslast auf Betriebsrenten muss gerechter werden. Die Betriebsrenten werden seit 2004 mit vollen Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung belastet – eine gravierende Änderung der ursprünglichen Förderung. Die beschädigte Symmetrie von jetzt vorgelagerter Entlastung und nachgelagerter Belastung muss wieder hergestellt werden.

5

Das Finanz- und Wirtschaftssystem gehört in den Bildungskanon. Junge Menschen müssen es durchschauen können und eine ausreichende Wissens-Basis für ihre eigenen finanziellen Entscheidungen bekommen.